

Verantwortl. Redakteur: M. D. Köhler in Stettin.
Verleger und Drucker: M. Grafmann in Stettin, Kirchplatz 3—4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Beilage oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag 31. Januar 1893.

Annahme von Inseraten Kohlmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Hasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arndt, Max Gerstmann, Elberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barch & Co. Hamburg Joh. Noodt, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinr. Eisler, Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

Herzog von Ratibor †.

Stettin, 31. Januar.

Nach einem uns aus Breslau zugehenden Telegramm ist der Präsident des Herrenhauses, Herzog von Ratibor, gestern Abend in Raudten seinen Leiden erlegen.

Viktor Moritz Karl, Herzog von Ratibor, Fürst von Korbey, Prinz zu Hohenlohe-Waldenburg-Schillingfürst, wurde am 10. Februar 1818 zu Rietzen a. d. Rulda geboren, studierte in Göttingen, Bonn, Heidelberg und Lausanne Rechts- und Staatswissenschaften und mehrere Sprachen, machte öftere weitere Reisen. Als die Knie-Hoffen-Retenburg mit dem Tode des Landgrafen Viktor Amadeus 1834 im Mannesstamm erlosch, fiel das Fürstentum Ratibor durch Testament dem jetzt Verstorbenen zu, der indes erst nach einem Prozeß mit der kurburgischen Regierung in den Besitz desselben gelangte und 1840 für majestätisch erklärt und vom König von Preußen zum Herzog von Ratibor erhoben wurde. Das jetzige mittelbare Herzogtum Ratibor liegt zerstreut in den Kreisen Ratibor, Korbey und Neobischitz und ist fast nur von katholischen, theilweise polnisch redenden Bewohnern besetzt. 1847 wurde der Verstorbenen Mitglied der Herrenkammer des preussischen Landtages, gehörte von 1849 bis zur Bildung des Herrenhauses der Zweiten Kammer an und trat dann als erbliches Mitglied in das Herrenhaus, dessen Präsident er seit dem 1. Januar 1877 ist. Im Jahre 1850 gehörte er dem deutschen Parlament in Erfurt und seit 1867 dem Norddeutschen und Deutschen Reichstage an, wo er sich der deutschen Reichspartei anschloß. In den Feldzügen 1866 und 1870—71 nahm er als Vorsteher des Vereins der schlesischen Malterreiter an der freiwilligen Krankenpflege theil. Im Jahr 1884 wurde er Mitglied des preussischen Staatsrats. Der Verstorbenen erlitt sich bei allen politischen Parteien der größten Achtung, voller Liebe stand er zu Kaiser und Reich und sein Gerechtigkeitsinn verschaffte ihm die Liebe und Treue aller seiner Untergebenen.

Deutschland.

Berlin, 31. Januar. Bei dem Ministerpräsidenten Grafen Eulenburg findet heute, Dienstag, ein Herrendiner statt, zu welchem der Kaiser sein Erscheinen zugesagt hat. Eingeladen sind außer dem Reichskanzler, dem Oberbefehlshaber Grafen Eulenburg, Oberquartiermeister Generalmajor von Pleßen, Freiherrn von Manteuffel (der Vorsitzende der Militär-Kommission), vornehmlich hervorragende Mitglieder des Herrenhauses, des Abgeordnetenhauses und auch des Reichstages.

Bei der zu Ehren des Herzogs von Coburg neben dem Festsaal hat der Kaiser einen Trinkpruch ausgesprochen, dessen bisher nicht bekannt gewordenen Text die „Reichs-Zeitung“ mittheilt:

„Die englische Flotte sei für die deutsche nicht nur ein Muster vom technischen und wissenschaftlichen Standpunkte, sondern auch dieelden der britischen Flotte, Nelson u. s. w., wären stets gewesen und würden immer sein die Leister für die Offiziere und Mannschaften der deutschen Marine, welche letztere nicht minder erfüllt seien von dem Geiste der Vaterlandsliebe, als die Träger jener hochgeachteten Namen. Wemgleich die deutsche Flotte ganz besonders zur Sicherung der Erhaltung des Friedens bestimmt sei, so werde sie doch, seiner Pflicht nach, auch ihre Pflicht thun, wenn sie zum Kampfe gerufen würde. Und sollte es sich einmal ereignen, daß die englische und die deutsche Marine Schutler an Schutler gegen einen gemeinsamen Feind zu kämpfen hätten, dann würde die berühmte Parole: „England erwartet, daß jeder Mann seine Pflicht thut“, welche der größte Seeheld Englands vor der Schlacht von Trafalgar ausgesprochen, ein Echo in dem patriotischen Herzen der deutschen Marine finden.“

Der Großfürst Thronfolger von Rußland hat am heutigen Hofe ein sehr freundliches Auenfassen hinterlassen. Seine Jugend, sein sympathisches Wesen und nicht zuletzt seine Bescheidenheit hatten bei allen denen, die mit ihm in persönlichen Verkehr zu treten in der Lage waren, den günstigsten Eindruck gemacht. Der Zarowitzschke, nach dem Neupern zu schließen, eine aus weichen Stoffe gebildete Natur zu sein. Aus seinen Augen konnte man sogar etwas Gleiches herausfinden. Man möchte sagen, daß sein Gesichtsausdruck der solcher Charaktere ist, die viel beobachtet, wenig aus sich herausgeben, aber im Kreise der Kameraden des Alexander-Regiments zeigte er sich frei von aller Zurückhaltung. Dazu kam der Umstand, daß er deutsch und zwar sehr gut sprach und daß durch die preussische Uniform, deren Pelz er mit Wohlbehagen trug, alles Fremdartige von seiner Persönlichkeit wich. Ihm selbst schien man aus dem Verkehr anzunehmen, daß ihm das Gefühl, sich in Berlin frei bewegen zu können, ein gewisses Schloß verschaffe, was seiner und der ihm entgegenkommenden Stimmung nur zum Vortheil gereichte.

Answeislich des dem Landtage vorgelegten Banberichts der Eisenbahnverwaltung standen dieser am 1. Oktober v. J. an Krediten für Bauzwecke und für Beschaffung von rollendem Material aus etatsmäßigen und außeretatsmäßigen Bewilligungen noch über 500 Millionen Mark zur Verfügung. Dabei sind die in dem jetzt zur Verabreichung stehenden Etat und in der noch ausstehenden, nach den Verhandlungen über den Antrag des Grafen Kamitz hoffentlich nicht zu knappen Sekundärbahnvorlage beanspruchten Kredite selbstverständlich nicht eingerechnet, diese gehen vielmehr nebenher. Eine über 500 Millionen Mark Kredite sind sämtlich für die Befriedigung von Baubedürfnissen bewilligt, deren Nothwendigkeit und Dringlichkeit außer Zweifel steht und für welche die technischen Vorbereitungen entweder abgeschlossen oder doch soweit getroffen sind, daß der Abschuß ohne erheblichen Zeitverlust herbeigeführt werden kann. Mit anderen Worten die Bauten und Beschaffungen, für welche jene 500 Millionen Mark bestimmt sind, sind im Wesentlichen zur Ausführung reif.

Auf der anderen Seite ist die Lage gerade derjenigen Industrien, welche den Bedarf der Eisenbahnen erzeugen, namentlich der betreffenden Zweige der Eisenindustrie augenblicklich eine durchwegs unbedrückende. Niedrige Preise treffen mit unzureichenden Aufträgen zusammen; Arbeitslosigkeit und Arbeitsverdienst gehen zurück und viel

auch neuerdings haben sich wiederholt Entlassungen von Arbeitern als notwendig erwiesen. Diese unglückliche Lage wichtiger Industrien wirkt lähmend auch auf andere Zweige des Erwerbslebens, und hemmt die Erholung des Verkehrs von der schweren Depression, unter der er im Vorjahre gelitten hat.

Die Lage der Dinge ist also die, daß der Eisenbahnverwaltung über eine halbe Milliarde noch nicht verwendeter Kredite zur Verfügung steht, während die Lage der dabei beteiligten Industrien im Interesse ihrer Arbeiter dringend größerer Aufträge bedarf. Der Schluß liegt nahe. Die Eisenbahnverwaltung wird, wenn sie ohne Verzug auf Grund der ihr bewilligten Kredite in vollem Umfange an die Bauausführung und Beschaffungen herantritt oder doch wenigstens ohne Verzug mit den Bestellungen vorgeht, die bei energischer Baulthätigkeit für einen längeren Zeitraum erforderlich sind, nicht nur ihren Bedarf zu sehr mäßigen Preisen decken, sondern vor allem der Industrie über eine schwierige Zeit hinweghelfen und zahlreichen fleißigen Arbeitern Arbeitsgelegenheit und Arbeitsverdienst erhalten. Eine rasche Verwendung der 500 Millionen Kredite der Eisenbahnverwaltung liegt also im dringenden Interesse der Staatsfinanzen wie der wirtschaftlichen Lage des Landes. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat ein solches Vorgehen bereits in Aussicht gestellt. Er ist des Dankes weiter sicher, wenn er seine Absichten mit thunlichster Beschleunigung verwirklicht.

Die grenzenlos oberflächliche und tendenziös voreingenommene Stellung, welche von den grundfänglich oppositionellen Parteipolitikern auch der Militärvorlage gegenüber eingenommen wird, tritt grell in die Erscheinung aus Anlaß der in Form wie Inhalt gleich meisterhaften publizistischen Beleuchtung, welche das beregte Thema unlängst durch den General von Leszinski erfahren hat. Der soll man es vielleicht eine auf der Höhe fachlicher Kritik stehende Leistung nennen, wenn ein bekanntes Berliner Feuilletonorgan sich dahin vernehmen läßt, „daß sich eine eingehendere Wiedergabe der Ausführungen des Generals v. Leszinski erübrigt“, weil die Vorlage im Plenum und in der Kommission nach allen Richtungen so ausführlich erörtert sei?

Wer sich die Mühe nicht hat vertrießen lassen, die auf gänzlich unhaltbaren Grundlagen ruhenden „Ausführungen“ der Herren Richter und Genossen in der Kommission wie im Plenum des Reichstages anzusehen, wird in vergleichenden tendenziösen Bemerkungen, wie die vorhin ausgesagten bezüglich eines anerkannt epodemachenden Votums aus sachverständigen Munde nur das getreue Spiegelbild des beschränkten Fraktionsstrebens finden, welches sich überall da breit macht, wo es gilt, statt mit Schlagworten mit Gründen zu kämpfen. Die immer weitere Krefie des Volkes ergreifende Bewegung läßt sich durch solche Art von parteitaktischer Behandlung oder richtiger Mißhandlung einer nationalen Lebensfrage ersten Ranges glücklicherweise nicht auf das beschränkte Niveau flüchtiger Alltagsdemagogie herabdrücken, im Gegenteil, je länger und eingehender sich die öffentliche Meinung mit der Militärvorlage beschäftigt, desto allgemeiner gelangt die Erkenntnis zum Durchbruch, daß die Verwirklichung der darin vorgeschlagenen Reformen unerlässlich ist, wenn anders Deutschland mit gewohnter ruhiger Sicherheit seine Kulturaufgaben weiter verfolgen soll, stark in dem Bewußtsein, daß seine eigene, zur rechten Zeit und am rechten Ort eingeleitete Kraft hinreicht, gegen alle Eventualitäten der Zukunft gewappnet zu sein.

Bei der fortgesetzten Beratung der Budgetkommission des Reichstages kamen die Vorforderungen des Marineetats zur Verabreichung, die als einmalige Ausgaben im ordentlichen Etat eingestellt sind. Es werden gefordert erste Rate zum Bau des Panzerkreuzers „Erzsaß Preußen“ erste Rate 500 000 Mark, zum Bau des Panzerfahrzeugs W erste Rate 1 000 000 Mark, des Panzerfahrzeugs X erste Rate 500 000 Mark, der Kreuzerfregatte K erste Rate 200 000 Mark, des Kreuzers „Erzsaß Möwe“ erste Rate 750 000 Mark, des Aviso H erste Rate 1 200 000 Mark, des Aviso „Erzsaß Falk“ erste Rate 1 200 000 Mark, eines Torpedodivisionsbootes erste Rate 500 000 Mark, zur Herstellung von Torpedobooten erste Rate 2 200 000 Mark.

Der Referent, Abg. F r i e n (Zentr.), bemerkt, diese Vorforderungen bewirken im Effekt ein Engagement von über 40 Millionen Mark. Dasselbe ist zu groß, zumal bei den Forderungen für die Landarmee; man solle das Panzerkreuzer „Erzsaß Preußen“ einfach streichen. Wenn die vier im Bau begriffenen Panzerkreuzer hergestellt seien, könne man sich die Frage auf neue Verlegen, ob ein Ersatz für das Panzerkreuzer „Preußen“ notwendig sei. Auch die beiden Panzerfahrzeuge W und X könne man zur Zeit entbehren. Gegen die Kreuzerfregatte K sei an sich nicht viel einzuwenden. Doch solle man erst die Herstellung des Schwerkreuzers abwarten, um die dabei gewonnenen Erfahrungen zu verwerthen zu können.

Der Korreferent Abg. v. H e n k (konf.): Für das abgelaufene Panzerkreuzer „Preußen“ sei ein Ersatz durchaus notwendig, ebenso für die Kreuzerfregatte K, während er die Panzerfahrzeuge, die ja doch nichts als ein Verlegenheitsstyp seien, gern fallen lasse.

Staatssekretär H o l m a n n: Der Reichstag habe es stets als eine Nothwendigkeit anerkannt, daß unsere Marinekörper, wenn einmal nötig, auf guten, brauchbaren Schiffen in den Kampf ziehen. Wollte man den bisher als richtig anerkannten Bestand der Flotte nicht mindern, so müßte für Unbrauchbares Ersatz geschaffen, bestehendes in guter Verfassung erhalten werden. Eine Anzahl älterer Schiffe sei in einem Zustande, daß bis Ende des Jahres derselben durch neue ersetzt sein müßten.

Abg. R i c h t e r (freil.) ist sehr dankbar dafür, daß der Staatssekretär diese Mittheilungen aus dem neuen Flottengründungsplan gemacht, wonach bis zum Jahre 1902 fünf neue Panzerkreuzer an Stelle von fünf älteren Schiffen treten sollen. Das würde ca. 90 Millionen Markkosten hervorbringen. Um so mehr müsse man sich Zurückhaltung auferlegen und werde er seinerseits nichts als das eine Torpedodivisionsboot bewilligen.

Abg. v. M a s s o w (konf.): Er habe von einem neuen Flottengründungsplan nichts gehört, wohl aber, daß der Zustand unserer Flotte ein recht mangelhafter sei. Man müsse daher so viel

bewilligen, wie finanziell möglich sei, namentlich mit Rücksicht auf die etwaigen Opfer für die Landarmee. Er werde nur das Panzerkreuzer „Preußen“, einen Kreuzer und das Torpedodivisionsboot bewilligen.

Abg. v. K o s c i e l s k i (Pole) ist für möglich weitgehende Bewilligung.

Bei der Abstimmung wird das Panzerkreuzer „Erzsaß Preußen“ (500 000 Mark) abgelehnt mit 16 gegen 6 Stimmen, das Panzerfahrzeug W (1 000 000 Mark) mit 20 gegen 2 Stimmen, Panzerfahrzeug X (500 000 Mark) mit 21 gegen 1 Stimme, die Kreuzerfregatte K (200 000 Mark) mit 18 gegen 4 Stimmen, der Kreuzer „Erzsaß Möwe“ (750 000 Mark) mit 19 gegen 3 Stimmen, der Aviso „Erzsaß Falk“ (1 200 000 Mark) mit 20 gegen 1 Stimme. — Bewilligt werden von den Neuforderungen nur die Kreuzer K (750 000 Mark), der Aviso H (1 200 000 Mark), das Torpedodivisionsboot (500 000 Mark), und zur Herstellung von Torpedobooten 2 200 000 Mark. Sämmtlich erste Rate.

Entsprechend den obigen Ablehnungen fallen selbstverständlich auch die Forderungen für artillerische Ausrüstung. Die Gesamtsumme der abgelehnten Forderungen beträgt 6 913 000 Mark.

Nächste Sitzung: Mittwoch 10 Uhr. Tagesordnung: Marineetat, Eisenbahnetat.

Über das voransichtliche Schicksal der preussischen Steuerreformgehe wird der „Politischen Korrespondenz“ aus Berlin geschrieben:

„Es ist eine eigenartige Erscheinung, daß inmitten der Kommissions-Berathungen der großen Steuerreform immer wieder den Ruf nach einer Erbschaftsteuer an Stelle der Vermögenssteuer ertönt. Man denkt: Die Erbschaftsteuer wollen wir doch jedenfalls, deshalb wollen wir sie lieber an Stelle der Vermögenssteuer, als neben derselben haben. Es wird darauf hingewiesen, daß der Finanzminister bereits vor zwei Jahren eine Erbschaftsteuer-Vorlage eingebracht habe und sicherlich auch mit einer solchen wieder kommen werde; man vergist aber, daß es sich bei der damaligen Erbschaftsteuer wesentlich um eine Kontrolle der Einkommensteuerverhältnisse handeln sollte, nicht aber um eine ins Gewicht fallende Ertragssteuer. Das jetzige Verlangen nach einer Erbschaftsteuer hat augenscheinlich einen agitatorischen Charakter. Es muß im Auge behalten werden, daß durch die gegenwärtige Vorberathung befindliche Steuerreform den Geborenberechtigten 20 Millionen erlassen werden, wozu noch eine Herabsetzung an Bergwerkssteuer in Höhe von 10 Millionen tritt. Die Regierung verlangt in Form der Vermögenssteuer vom gewerblichen Eigentum auf Grund der bezeichneten Steuererminderungen 12 Millionen. Zuerst richtete sich nur die Agitation gegen die Form und das Verfahren der neuen Steuer, wobei geltend gemacht wurde, daß gegen die Steuer als solche kein Einwand erhoben werde, sondern nur gegen die als sehr lästig charakterisierte Deklaration. Die Kommission hat darauf die Deklaration gestrichen, und nun zeigt sich, daß die Veranschlagung der Deklarationszwänge, als Hauptfehler der Vermögenssteuer, nur einen Vorwand bilde; die Agitation wird fortgesetzt, und die Erbschaftsteuer erscheint nun auf dem Tapet. Dasselbe kann und wird nur ganz ungleichmäßig wirken; sie wird allerdings das gewerbliche Anlage- und Betriebskapital kaum treffen, da das gewerbliche Vermögen meist unter Lebenden von einem auf den Andern übergeht. Die ganze Agitation läuft nur auf das Verlangen hinaus, daß 30 Millionen erlassen werden und von diesem Entgang nichts oder herzlich wenig dem Staateschätze vergütet werde. Es ist keine Aussicht vorhanden, daß ein solches Verlangen bei der Staatsregierung oder dem Landtage Zustimmung finde. Man kann übrigens sagen, daß die Chancen für die Steuerreform im Landtage nicht unglücklich stehen und auf eine Majorität im Plenum zu hoffen ist. Der Finanzminister hat in seiner großen Etatsrede darauf hingewiesen, daß die erste Voranschätzung einer dauernden Heilung der preussischen Finanzverhältnisse eine völlige Klarheit der Einnahmen über die wirklich dauernde Lage der preussischen Finanzen sei. Eine solche kann erst nach der Fertigstellung der Steuerreform eintreten, und erst dann wird man daran denken können, den finanziellen Verhältnissen des Reiches zu dem Einzelstaaten eine andere Gestaltung zu geben.“

Zur Besteuerung des Bieres schreibt die „Sozial-Korrespondenz“:

Ein sehr beachtenswerther Vorschlag in Sachen der jetzt unstrittigen Brauereien und aller zukünftigen Besteuerung des Bieres im Reich, in den Einzelstaaten und Gemeinden geht von dem Deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke aus. In einer vor wenigen Tagen im Reichstagesgebäude abgehaltenen Sitzung sind die Vertreter dieses Vereins zu der grundsätzlichen Forderung gelangt, daß leichte und schwere Biere verschiedenartig zu besteuern, die leichten, wenn überhaupt, so doch äußerst gering zur Besteuerung heranzuziehen seien. Als Grenze zwischen leichten und schweren Bieren empfiehlt der Verein 2 1/2 Prozent Alkoholgehalt.

Die Durchführbarkeit des Vorschlags in brauereirechtlicher Beziehung ist von Sachverständigen geprüft und zugegeben. So ungemein bequem wie die jetzt von der Reichsregierung vorgeschlagene Veroppelung der Biersteuer ist die Sache freilich nicht, sie liegt voraus, daß die Steuerbehörden und Beamten Einiges hinzulernen; aber daran wird die im Interesse der Gerechtigkeit und Volkswirtschaft aufgestellte Forderung hoffentlich nicht scheitern. Eine verschiedene Behandlung der leichten und schweren Biere liegt nahe genug. Die leichten Biere sind seit Jahrhunderten im Volk verbreitet, was sich von den schweren Biere nicht sagen läßt. Sie sind das Getränk der Arbeiter und des ärmeren Mittelstandes, denen alle Parteien Steuererleichterungen wünschen. Sie werden nicht in den prächtigen Bierpälästen verkehrt, sondern von kleinen Wirthen und kleinen Händlern. Sie werden zum Theil in den auf dem Lande zerstreuten Brauereien hergestellt, die in ihrer Existenz bedroht sind, wie allgemein zugegeben wird. Sie sind es, die den Schnaps verdrängen, denn die schweren Biere sind für die Brauereiwirtschaft zu theuer. Trotz dieser Eigenschaften nimmt bekanntlich der Verbrauch dieser leichten Getränke sehr stark ab, in vielen Gegenden, wo sie früher das alltägliche Getränk waren, sind sie jetzt von ihren Fremden gar nicht mehr zu erlangen. Diese Erscheinung hat mehr Ursachen, als wir hier aufzählen können. Jedenfalls haben die Wirthe und Brauer diese Biere nicht annähernd so gepflegt

wie die schweren, nach bairischer Art gebrauten. Aber auch die Besteuerung durch Staat und Gemeinden hat auf diesen Bieren allzuschwer gelastet.

Polizeilich aufgelöst wurde am Sonntag Mittag eine Anarchistenversammlung, die im Restaurant Volk, Alte Jakobstraße 75, tagte. Dieselbe war durch eine Anzeige im „Sozialist“ mit der Tagesordnung: „Die internationale Anarchistenbege“ bekannt gegeben. Etwa 300 Teilnehmer, darunter auch unabhängige und fraktionelle Sozialdemokraten, wie einige Frauen, füllten bis 11 Uhr Vormittags den oberen Saal des Restaurants, in welchem die Versammlung stattfand. Nach 11 Uhr eröffnete der Einberufer, ein Tischler Grunau, welcher seinen Namen nicht bekannt gab, die Versammlung mit den Worten, daß es in Anarchistenversammlungen nicht gebräuchlich sei, ein Bureau zu wählen. Da das Geseß aber einen Weiter verlange, so werde er die Form genügen, ohne auf die Meinungen Anderer einen Einfluß auszuüben. Der Anarchist Wiese erklärte, die Sozialdemokratie unterdrücke die Meinung des Einzelnen, indem sie verlangt, daß Jeder sich den Majoritätsbeschlüssen unterwerfe, sie unterdrücke sich also durch nichts von der heutigen Staatsform, die sei noch viel schlimmer, weil die Führer derselben Joden, der eine eigene Meinung habe, beschimpfen und beschmutzen. Das hätten die Unabhängigen erfahren und in noch höherem Maße die Anarchisten. Seitdem die Sozialdemokratie sich auf dem glatten Boden des Parlamentarismus bewege, sei sie der schlimmste Feind des revolutionären anarchischen Prinzipis geworden. Die Regierungen brauchten gar nicht mehr gegen die Anarchisten vorgehen, das befohrge die Sozialdemokratie besser. Auf den internationalen Arbeiterkongressen habe man diejenigen, welche das revolutionäre Prinzip anstreben und das hungernde Proletariat vertreten, nicht zugelassen. Es sei an der Zeit, daß der Anarchismus energischer vorgehe und die Arbeiter zu seiner Lehre bekehre, denn erst, wenn Jeder sich zum Anarchismus bekenne, werden die Verfolgungen aufhören. Der Anarchist Wiese (Schlosser) bemerkte, daß man es der herrschenden Klasse nicht verzeihen könne, wenn sie den Anarchismus verfolge, denn er bringe eine neue Weltanschauung. Die herrschende Klasse sei denn auch mit Schaffot und Zuchthaus gegen die leuchtendsten (!) Verfeiler der Genossen, gegen Ravachol und Andere vorgegangen. Hätten doch selbst die heiligen „Unabhängigen“ sich Anfangs gegen den Anarchismus erklärt und nur durch persönliche Agitation habe Alles wieder zu gemacht werden können. Die Verfolgungen der Anarchisten hätten dieselben aber nicht abschrecken können, sich frei und offen in öffentlichen Versammlungen zum Anarchismus zu bekennen. Zimmerer Schütz: Er habe unter den Anarchisten Menschen kennen gelernt, die besser sind als die Sozialdemokraten, welche sich ihrer Verdienste rühmen. Als Reuter hierauf auf die Verfolgungen und Verurtheilungen derjenigen einging, welche aus Noth Verbrecher geworden, und die Richter beschuldigte, daß sie reiche Spitzbuben unter dem Vorwand, dieselben leiden an Kleptomanie, frei ausgeben ließen, einen armen Teufel aber, der aus Hunger gestohlen, zu Gefängnis verurtheilt, erklärte der überwachende Polizeileutnant um 1 1/4 Uhr die Versammlung für aufgelöst und forderte die Versammelten zum sofortigen Verlassen des Saales auf. Nach den Aufschreien der Anarchisten ertönte aus der Versammlung der Ruf: Das ist aber keine Gerechtigkeit! Die Versammlung ging aber dann still auseinander. In einem kleinen Saale des Hofes war eine große Zahl Schutzmänner untergebracht, um gegenfalls sofort eingreifen zu können.

Wien, 30. Januar. Der freistimmige Kandidat für die Erbschaftsteuer in unseren Kreisen Umger wurde heute zum Stadtrat gewählt.

Halle a. S., 30. Januar. (W. T. B.) Einem Privattheater vom 28. d. M. gegenüber, worin behauptet wurde, daß hier (also in Halle) eine neue Cholera-Erkrankung festgestellt worden sei, wird der „Saalezeitung“ von amtlicher Seite mitgeteilt, daß dies auf einem Irrthum beruhe. Seit Beginn der Cholera-Epidemie in der Irenanstalt zu Metzen sei in der Stadt Halle überhaupt keine einzige Erkrankung festgestellt worden. Der Stadtrat Halle sei vollkommen cholerafrei. Dies werde auch vom dem Hygienischen Stadtrath, Sanitätsrath Dr. Riel, ebenso wie von der Direction der medizinischen Klinik der Universität bestätigt.

Die durch Gebrauch von Saalewasser verursachte Cholera-Erkrankung in der Stadt Wettin ist der „Saalezeitung“ zufolge tödtlich verlaufen.

Hamburg, 30. Januar. Mit dem Dampfer „Karl Voermann“, den die deutsche Kolonial-Gesellschaft am 15. Februar in direkter Fahrt von Hamburg nach Deutsch-Südwestafrika entsendet, werden wiederum einige Anlieber für klein-Windhoek Deutschland verlassen; gleichzeitig gehen mit ihm die Erbschaftsmaschinen für die Schutztruppe ab, aus der, wie wir bereits mitgeteilt haben, mit dem 1. April 42 Mann nach Ablauf ihrer Dienstzeit ausscheiden. Wie es scheint, liegt es im Plane der Kolonialverwaltung, die Schutztruppe, deren Stärke jetzt 50 Mann beträgt, zu erhöhen, wenigstens sind seitens der Regierung auf dem Dampfer „Karl Voermann“ 40 Plätze belegt worden. Private hier eingezogene Verträge besagen, daß Hendrik Witboi, der in letzter Zeit wenig von sich reden machte und gerungen war, sich in seinem Lager zu Hornranch still zu verhalten, weil er selbst körperlich sehr heruntergekommen war, und vor allem weil die Zufuhr an Waffen und Munition von der englischen Kapkolonie her eine Unterbrechung erfahren hatte, wieder anfangs, sich zu regen und seine Leute um sich zu sammeln. Herrschen die niedrigen Anstände im Lande, so würden die mandherlei wirtschaftlichen Unternehmungen, die gerade jetzt in der Vorbereitung begriffen sind, mit mehr Vertrauen angefaßt werden, als dies jetzt der Fall ist und sein kann. Nachdem der erste Versuch, einen Einmüthlichen Nachfolger nach Deutsch-Südwestafrika zu verpflanzen, nach dem i. J. von uns mitgetheilten Berichten des Amtmanns Wiese als gescheit zu betrachten ist, werden mit der nächsten Dampfergelegenheit vier weitere Nachzügler nach Windhoek abgehen. Als Nachzügler wird der Dampfer verabschiedet neben Fellen, Häuten und Knochen Rindvieh der eingeborenen Rasse an Bord nehmen und dies theils am Kongo, wo rege Nachfrage hiernach herrscht, abgeben, theils nach Schleswig-Holstein abführen. Es ist bekannt, daß in Schleswig-Holstein neben der eigentlichen Viehzucht das

Jetzmachen von Rindvieh, das mager aufgefaukt wird, betrieben wird. Wenn sich das Damaraland nach dem ersten Versuch hierzu als geeignet erweisen würde, so könnten im Jahre mehrere Tausend Köpfe von Südwestafrika eingeführt werden. Der geringe Preis an Ort und Stelle würde, selbst wenn die nicht unerheblichen Transportkosten dazu kommen, eine solche Viehansfuhr sehr wohl ermöglichen, zumal wenn die Verladung nicht über Walvischbai zu erfolgen brauchte, sondern an der neu entdeckten Landungsstelle in der Swakopmündung, wie man hofft, möglich wäre.

Stettin, 30. Januar. (W. T. B.) Heute Nachmittag fand die feierliche Eröffnung der Tagung des Landesausschusses für Erbschaft-Vorbringen in dem neuerbauten Landesausschussgebäude am Kaiserplatz statt. In der Statthalterloge wohnten die Fürstin Hohenlohe und die übrigen Mitglieder der Familie des Statthalters der Aier bei. Kurz nach 3 Uhr erschien der kaiserliche Statthalter * Fürst zu Hohenlohe im schwarzen Frack mit dem Bande des Schwarzen Adlerordens, gefolgt von dem Staatssekretär von Puttkamer, dem Unterstaatssekretär von Schraut und von Keller sowie den Herren seines Bureaus. In der vom Statthalter verlesenen Eröffnungsrede wird der Genehmigung darüber Ausdruck gegeben, den Landesausschuß in den neuen, seiner Würde und Stellung entsprechenden Räumen begrüßen zu können. Die finanzielle Lage des Landes sei nach wie vor eine durchaus günstige. Das letzte Finanzjahr weise einen Ueberschuß von 2 1/2 Millionen auf, auch das laufende werde voraussichtlich mit einem bedeutenden Ueberschuß abschließen. Außer dem Etat würden dem Landesausschuß Gesetzentwürfe über die Einschätzung zur Gewerbesteuer, über die Einrichtung von Spar- und Darlehensstellen in den Gemeinden sowie bezüglich der Verwaltung von Depositionen vorgelegt werden. Am Schluß seiner Rede brachte der Statthalter ein dreimaliges Hof auf Se. Majestät den Kaiser aus, welches von der Versammlung mit Begeisterung erwidert wurde. Bei der Wahl des Bureaus wurden die bisherigen Mitglieder durch Applausierung wiedergewählt, und zwar Dr. Schlumberger zum Präsidenten, Fabrikant Jannetz zum ersten Vizepräsidenten und Baron Schauburg zum zweiten Vizepräsidenten; ferner Baron Charpentier, Notar Wehring und Gutsbesitzer Nennig zu Schriftführern.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 30. Januar. (W. T. B.) Abgeordnetenhause.) In Beantwortung einer Interpellation des Abgeordneten Krcle, betreffend den Grenzverkehr gegen Bayern, erklärte der Finanzminister Dr. Steinbach, die Viehschuh aus Oesterreich nach Bayern wies sich jeberzeit in dem Rahmen der Bestimmungen des Viehschuhengesetzes des deutschen Reiches und der darauf gegründeten Spezialverordnungen ab.

Wien, 30. Januar. (W. T. B.) Abgeordnetenhause.) Der Antrag Kitz betreffend die stufenweise Errichtung einer selbstständigen ungarischen Armee wurde abgelehnt und die Vorlage betreffend das Rekrutenkontingent angenommen. Minister Ferenczy wies auf die strenge gerichtliche Abmahnung in Fällen einer schlechten Behandlung der Mannschaft hin und erklärte den Vorwurf, daß die ungarische Landwehr gemaniert werde, als völlig unbegründet; eine einheitliche deutsche Verkehrssprache sei notwendig, da die ungarische Landwehr berufen sei, mit der gemeinsamen Armee zusammen zu treten.

Wien, 30. Januar. (W. T. B.) Im Laufe der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses trat der Ministerpräsident Graf Taaffe mit den Odmännern der verantwortlichen Finanzen, des Handels und des Hofenverkehrs, Plener, Zavoroski und Graf Hohenwart, zu einer kurzen Konferenz zusammen. Wie in Abgeordnetentreiben verlautet, hätte Graf Taaffe den Parteiführern das modifizierte Programm für die Majoritätsbildung mitgeteilt.

Wien, 30. Januar. (W. T. B.) Dem „Budapesti Hirlap“ zufolge haben 300 Arbeiter der ungarischen Gensfabrik die Arbeit niedergelegt. Der Ausbruch des Streiks scheint schon seit längerer Zeit vorbereitet gewesen zu sein. Hier ist die Ansicht verbreitet, der Streik gehe von preussischen Arbeitern aus, die hier verwendet wurden. Die Arbeiter seien zum Theil Sozialisten. Man weiß darauf hin, daß ein Berliner Arbeiterblatt bereits am 26. d. M. den Ausbruch des Streiks für heute angekündigt hat. Heute Morgen erschienen alle Arbeiter in der Fabrik. Drei derselben begaben sich zu dem Direktor Oberstleutnant Kuhn und übergaben ihm eine gestern beschlossene Petition, in welcher eine Lohnermäßigung, sowie Abänderungen der Arbeits-Verordnungen verlangt werden. Oberstleutnant Kuhn wies die Forderungen zurück, da die Arbeiter guten Lohn erhielten und mitunter 6 Gulden täglich verdienten. Daraufhin stellten sämtliche 1500 Arbeiter der Fabrik die Arbeit ein und begaben sich in die benachbarte Drischalt Erzfabrik. Die in der Schmelze und den technischen Werksstätten beschäftigten Arbeiter wurden von den Führern der Streikenden am Weiterarbeiten gehindert. Die Polizei hat Vorposten getroffen, daß morgen eine derartige Abhaltung von der Arbeit nicht erfolgen kann.

Frankreich.

Paris, 30. Januar. (W. T. B.) Der Senat erklärt einen Antrag, demzufolge Zeugen, welche sich weigern, vor dem Untersuchungsrichter die volle Wahrheit auszusagen, mit Gefängnis bestraft werden sollen, für dringlich. Die Rechte stimmte gegen die Dringlichkeit. Wie in parlamentarischen Streifen angenommen wird, hatte der Antragsteller bei Einbringung seines Antrages den Fall Delahaye im Auge.

Paris, 30. Januar. (W. T. B.) Der Abgeordnete Delafosse, welcher an die Regierung wegen der ägyptischen Angelegenheiten eine Anfrage zu richten beabsichtigte, hat auf Wunsch des Ministers des Auswärtigen Delville diese Absicht aufgegeben, da gegenwärtig diplomatische Verhandlungen über diesen Gegenstand stattfinden.

Die Kommission der Deputiertenkammer hat die Preßgesetznovelle betreffend die Beleidigung von Souveränen und Vörschaften auswärtiger Mächte, sowie betreffend die Aufreizung zu bestimmten Verbrechen in der vom Senat beschlossenen Form angenommen.

Italien.

Rom, 30. Januar. Die Erwartung neuer geistiger Aufreite in der heutigen Kammer Sitzung

